



Dorothea Kerschgens
Mitglied des Vorstands

Rede bei der Hauptversammlung von Rheinmetall am 11.05.2010 in Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Eines Tages müssen Soldaten der Bundeswehr in Auslandseinsätzen unter Umständen die Gewalt unterbinden, die mit deutschen Waffen verübt werden soll“, so Bischof Huber im Rüstungsexport-Bericht 2009 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (S. 20). Ein gruseliges Szenario, deutsche Soldaten stehen fremden Soldaten gegenüber, die mit deutschen Heckler & Koch-Gewehren auf sie schießen, Raketen werden auf deutsche Soldaten abgefeuert von Panzern aus dem Haus Rheinmetall, Deutsche werden von U-Booten attackiert, die bei HDW gefertigt wurden.

Aber nicht nur Kirchenleute warnen, auch Altkanzler Schmidt übte im Mai 2009 Kritik wegen des Anstiegs der deutschen Rüstungsausfuhren: „Etwas mehr Selbstbeschränkung erscheint dringend geboten“.

Sie beklagen immer wieder, ich würde an falscher Stelle Kritik üben. Es gibt die Aktivitäten auch auf politischer Ebene. Deshalb wurde die Waldkircher Erklärung gegen Rüstungsexport von ca. 14.500 Menschen unterzeichnet. Sie wurde dem damaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler im März 2009 übergeben. (GKKE-Bericht, S.21) Deshalb wird es auch auf dem ökumenischen Kirchentag ab morgen in München Thema sein.

Der GKKE-Bericht von 2009 drückt wieder seine große Sorge aus, dass 5,78 Milliarden Euro, d.h. ein Anstieg um 36,5%, an Rüstungsexporten zu verzeichnen ist. Die Exportlizenzen für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge beträgt immerhin 23 % des Gesamtvolumens, in Zahlen 1,3 Milliarden Euro. Wir beklagen mit der GKKE die vorrangige Ausrüstung der Rüstungsexportpolitik der neuen Bundesregierung an außenwirtschaftlichen und industriepolitischen Gesichtspunkten und die Vernachlässigung friedens- und entwicklungspolitischer Dimensionen (GKKE-Bericht, S.10). 45,7% des Gesamtwertes gehen an die EU bzw. NATO-Staaten, im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass 54,3% an andere Staaten gehen, darunter Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Pakistan, Indien, Oman, Afghanistan, Israel. Eine hübsche Liste von Ländern in Krisengebieten.

Der GKKE-Bericht weist auch eine Tabelle aus von Entwicklungsländern, die als problematisch eingestuft werden hinsichtlich ihrer Menschenrechtssituation, interner Gewaltkonflikte, der Gefahr der Unverträglichkeit von Rüstung und Entwicklung (S.40).

Dazu meine Fragen:

- Liefern Sie Rüstungsgüter nach Indien, Israel, Nigeria, Oman, Pakistan, Saudi Arabien,

Vereinigte Arabische Emirate?

- Welche Güter liefern Sie jeweils an die genannten Länder?

Wenn ich Sie Jahr für Jahr mit diesen Fragen konfrontiere, sage ich nichts aus über die Qualität der Rüstungsgüter oder die Qualität Ihrer Mitarbeiter.

Mir geht es um die Gesamtverantwortung, die Sie und Ihr Haus tragen für die Folgen der Herstellung Ihrer Rüstungsgüter, des Exportes und vor allem den Export in von Krisen betroffenen Ländern.

Eines dieser von Krisen betroffenen Länder war Südafrika in den Jahren 1948 bis 1994. Apartheid herrschte und wurde mit Waffengewalt verteidigt gegenüber den Menschen, die sich gegen die Rassenpolitik wehrten. Bei meinen Reisen nach Südafrika habe ich zahlreiche Apartheidopfer getroffen, die noch immer unter dem Trauma ihrer Behandlung leiden. Ich habe 1985 erlebt, wie es ist, wenn ein Casspir in den Townships Angst und Schrecken verbreitet. Und ich habe bei den Anhörungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission mit eigenen Ohren gehört, welche Behandlung die Opfer ausgesetzt waren.

Deshalb haben die Betroffenen selbst oder ihre Angehörigen die Klage in den USA eingereicht, um für sich Entschädigung zu erhalten. Darüber hinaus ist es von völkerrechtlichem Interesse, ob Unternehmen, gerade im Rüstungsbereich für die von ihnen produzierten Güter auch Verantwortung tragen. Oder diese Verantwortung nur auf die politische Ebene abschieben.

Im letzten Jahr haben Sie auf meine Südafrikafragen geantwortet, dass Ihnen in den USA keine Klage zugestellt wurde. Sie, Herr Eberhardt, hatten gehofft, dass Sie von der Klage verschont werden. Dass Sie bei den Firmen sind, deren Aktivitäten unter den Teppich gekehrt werden. Nachdem schon die Banken nicht mehr angeklagt werden, dachten Sie: aus 5 mach 2, vielleicht sind wir auch nicht mehr dabei. Sicher wäre es Ihnen recht gewesen, wenn Daimler allein die Verantwortung für die Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen angelastet würde. Angesichts der veränderten – d.h. positiven - Einstellung der südafrikanischen und der US-Regierung gegenüber der Klage frage ich:

Behalten Sie Ihre in den letzten Jahren gezeigte Haltung hinsichtlich der Apartheidopfer bei?

Oder sind Sie bereit, sich mit Khulumani an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln?

Ein anderes Thema: Rheinmetall und MAN haben ein gemeinsames Unternehmen gegründet, RMMV, wobei Rheinmetall 51% halten wird.

Meine Frage dazu:

- Was ist aus Ihrer Sicht das Ziel dieses gemeinsamen Unternehmens?
- Was können Sie uns zu meinen Befürchtungen hinsichtlich größerer Macht und damit größerem Einfluss als Lobbyist sagen?

Weitere Frage:

- Wie hat sich die Zusammenarbeit mit Denel entwickelt hinsichtlich neuer Produkte und neuer Absatzmärkte?
- Welches von Ihnen produzierte Material wird in Afghanistan eingesetzt?
- Wie viel von Ihrem Material, u.a. der Fuchspanzer, ist im Afghanistankrieg inzwischen zerstört worden?
- Wie wird dies ersetzt?